Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M, durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 80 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M, Familienanzeigen 1.50 M, die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung für Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 80 Pf.

Nr. 289 | Dresden, Dienstag den 14. Dezember 1920 | 31. Jahrg.

Das Programm der neuen sächsischen Regierung

Sächsische Volkskammer

Dresden, 14. Dezember 1920.

4. Sitzung.

Die öffentlichen Tribünen sind bis auf den letzten Platz besetzt, auch die Mitglieder des Hauses sind vollzählig erschienen.

Am Regierungstische haben der Ministerpräsident Buck und die Minister Lipinski, Schwarz, Fleißner, Dr. Hainisch, Heidt Platz genommen.

Kurz nach 1 Uhr eröffnet Präsident Fräßdorf die Sitzung. Zur Verlesung kommt ein Schreiben der Staatskanzlei, wonach an Stelle des Abg. Geyer der kaufmännische Angestellte Zipfel (Kom.) als Ersatzmann einberufen worden ist. Dieser war aber noch nicht erschienen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Abg. Siewert (Kom.) den Antrag, den Bergarbeiterstreik noch heute zum Gegenstand einer Besprechung zu machen.

Präsident Fräßdorf: Der Antrag widerspreche der Geschäftsordnung. Allerdings werde nächsten Donnerstag bei Besprechung der Regierungserklärung jedem Abgeordneten Gelegenheit gegeben sein, seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen.

Darauf erhält

Ministerpräsident Buck

das Wort zu einer längeren Regierungserklärung. Darin wird zunächst mitgeteilt, daß Lipinski zum Stellvertreter des Ministerpräsidenten berufen worden ist.

Nachdem dann den bisherigen Ministern Kühn, Dr. Reinhold und Dr. Seyfert für ihre Tätigkeit gedankt worden ist, werden der Aufgabenkreis für die nächste Zeit kurz umschrieben und die Richtlinien gezeichnet, die eingehalten werden sollen. Es heißt dann weiter:

Eine beinahe zweijährige parlamentarische Tätigkeit im republikanischen Deutschland liegt hinter uns. Aus der Zeit der gewaltsamen Zuckungen unseres Volkskörpers sind wir wohl in der Hauptsache heraus. Durch die Erfahrungen ist der Blick geweitet, aber auch der Wille zu planmäßiger Weiterarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete gestählt. Daraus ergibt sich die **Pflicht für die Regierung, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und weiter auszubauen.**

Schwere wirke vor zwei Jahren die Ungewißheit über die künftige Gestaltung Deutschlands auf jede Initiative. Der Versailler Gewaltfriedensvertrag wurde durch den Friedensvertrag abgelöst, der mit zunehmender Schwere auf unser industriell so stark durchsetztes Sachsen drückt. Durch den Friedensvertrag seien die Bedenken beseitigt, die sich der Verabschiedung der Reichsverfassung durch die Nationalversammlung noch entgegenstellt hatten. Die Reichsverfassung begrenzt für die einzelnen Staaten im Deutschen Reiche einen großen Teil ihrer politischen Tätigkeit und engt ihren Aufgabenkreis ein. Der Gedanke eines einheitlichen Deutschlands hat in der Reichsverfassung seinen besten Ausdruck gefunden. **Die Regierung braucht nicht besonders zu erklären, daß auch für sie die Reichsverfassung zwingendes Recht ist, daß insbesondere Reichsrecht das Landesrecht bricht.**

Dieses Bekenntnis entbindet uns aber nicht von der Verpflichtung, zu allen gesetzgeberischen und sonstigen Maßnahmen des Reichs unsere Auffassung, unsern Willen bekannt zu geben. Eine klare, energische Einwirkung, wie sie durch die politische und wirtschaftliche Lage in Sachsen geboten ist, wird nicht ausbleiben. Bei allen Beratungen und Maßnahmen im Reichsrat wollen und werden wir mitwirken. Wir werden Einspruch erheben und Abänderung fordern, wenn es notwendig erscheint. Wir werden zustimmend mitwirken, wenn ein guter und nützlicher Erfolg zu erwarten ist.

Die großen der Erledigung harrenden wirtschaftlichen Aufgaben der Bergpolizeiverwaltung der Bodenschätze und der Nutzbarmachung unserer Wasserkräfte zur Wasserversorgung und Energieerzeugung sowie der Regulierung der Wasserläufe werden von uns in sozialistischem Sinne gefördert werden. Die Bemühungen der Volkskammer um die Erweiterung des staatlichen Einflusses auf den gesamten Kohlenabbau und der Nutznießung seiner Erzeugnisse durch die Allgemeinheit müssen energisch fortgesetzt werden. **An die Arbeiter und Angestellten, Ingenieure und Techniker ergeht unser Ruf, daß sie, beseelt mit ihrem Wissen und Können, durchdrungen von dem Gedanken, daß nur mit ihrer Mitwirkung die Sozialisierung erreicht und gefestigt werden kann, mit dem Pflichtbewußtsein, von dem allein der Erfolg abhängt, den Staat mit allen seinen Einrichtungen als ihren Staat, als Volksstaat betrachten mögen, dessen Wohlergehen und Aufwärtsentwicklung zugleich das Wohlergehen jedes einzelnen Volksgenossen bedeutet.**

In innigem Zusammenhang mit dieser Frage steht die Frage des Wiederaufblühens der Industrie, auch der Großunternehmungen. Ein Daniederliegen verschiedener ihrer Zweige ist unbestritten; auf der andern Seite aber wirken geradezu aufreizend und **anklagend die Rechnungsergebnisse von Großunternehmungen, die imstande sind, zum Schaden der Allgemeinheit gewaltige Dividenden auszuschütten.** Solche Erscheinungen sind unerträglich in der Zeit, wo von überallher Not und Elend schreien und der Ruf nach Arbeitsmöglichkeit ertönt. Aufgabe der Betriebsräte und Gewerkschaften ist es, mit dafür zu sorgen, daß die Erträgnisse gemeinsamer Tätigkeit der Allgemeinheit zugute kommen, insoweit die Reichssteuergesetzgebung hierbei nicht ausgleichend wirkt.

Der landwirtschaftlichen Produktion ist und wird von der Regierung das größte Interesse entgegengebracht; ist doch eine Steigerung der Produktion auch auf dem kleinen Ausmaß landwirtschaftlicher Anbaufläche in Sachsen geeignet, Erleichterungen der Ernährungsschwierigkeiten herbeizuführen. Diese Frage hat der bisherigen Regierung Sorgen bereitet und wird auch der neuen Regierung am Herzen liegen.

Die bisherigen Bemühungen Sachsens beim Reichsernährungsministerium, bei der Reichskartoffelstelle, unser Bemühen in Bayern, um Sachsen besser mit Kartoffeln und Fleisch zu versorgen, haben wohl Beachtung gefunden. Ein Gleichgewicht zwischen Bedarf und Angebot ist aber bei weitem noch nicht erreicht, und wir können noch nicht sagen, daß die größten Schwierigkeiten für das sächsische Volk überwunden seien.

Wenn der Appell an Pflicht und Gewissen nicht ausreicht, dann müssen Landespreisamt, Polizei und Justiz und alle sonst in Betracht kommenden Behörden nachhelfen und gegen Wucher, gewerbsmäßigen Schleichhandel und Nichtablieferung der Pflichtmengen mit dem Nachdruck vorgehen, der durch die Notlage geboten ist und in den letzten Monaten rücksichtslos angewendet wurde.

Gelingt es den weiteren Bemühungen unsres Wirtschaftsministeriums bei der Reichsregierung, unsrer Textil-, Metall- und Holzindustrie weitere Aufträge zuzuführen, und ist das Bestreben der Industrie, unmittelbar Aufträge vom Ausland zu erhalten, erfolgreich, so werden Zahlungsmittel für die notwendige Auslandseinfuhr und damit eine Milderung der Ernährungsschwierigkeiten, zugleich aber auch der furchtbaren Arbeitslosigkeit geschaffen.

Die Bemühungen der Regierung um eine solche Besserung der Arbeitslage werden im Benehmen mit dem Reich ständig fortgesetzt. **Das Arbeitsministerium ist im Verein mit den Kommunalverbänden bestrebt, die gesetzlichen Bestimmungen über Erwerbslosenunterstützung weitherzig anzuwenden.** Härten, die bei starrer Befolgung des geschriebenen Rechtes eintreten können, sollen vermieden werden.

An die Versicherungsbehörden sind die Anweisungen ergangen, **die zur Durchführung des Beschlusses der Volkskammer vom 28. Oktober 1920, an die bedürftigen Arbeiterrentenempfänger eine besondere Winterbeihilfe auszuzahlen, notwendig sind.** Die Vorarbeiten zur Ueberweisung von einmaligen Beihilfen werden so beschleunigt, daß voraussichtlich die **Auszahlung bis Schluß dieses Jahres erfolgen kann.** Die Verhandlungen mit der Reichsleitung und dem Sozialen Ausschuß des Reichstages zwecks Herbeiführung einer **laufenden Aufbesserung der Renten aus der Sozialversicherung** werden von Sachsen weiter fortgesetzt.

Die Regierung wird **gegen alle konterrevolutionären Organisationen und Einrichtungen** mit der gebotenen Schärfe vorgehen. Für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung zu sorgen ist Aufgabe der Regierung. Um diese Aufgabe zu sichern, wird die Polizei einheitlich und zweckentsprechend organisiert werden.

In den Kreisen der Beamten ist eine neue Erregungswelle bemerkbar, neue Notschreie ertönen, neue Forderungen an den Staat werden erhoben. Der Staat selbst befindet sich in den schwersten finanziellen Nöten. Gleiche Grundsätze in der Beamtenpolitik für Reich, Länder und Gemeinden werden am ehesten zu einer Festigung der Verhältnisse beitragen.

Eine Durchsetzung der Verwaltung mit Angehörigen aller Volksschichten wird dann vollendet sein, wenn die Reform des gesamten **Erziehungs- und Bildungswesens durchgeführt und wirksam geworden ist.** Die Ende 1918 begonnene Reform des Schulwesens ist bisher geradlinig weitergeführt aber noch nicht vollendet worden. Ein bereits ausgearbeiteter Gesetzentwurf über die **Reform des Seminarwesens** und der **Lehrerausbildung** wird Ihnen in den nächsten Tagen zugehen. Der seit 1. Oktober errichteten Landesschule bitten wir das Interesse zu bewahren, das die Volkskammer dieser Erziehungsanstalt entgegengebracht hat.

Der Erlaß der nach Artikel 138 der Reichsverfassung notwendigen Grundsätze für die gesetzliche und finanzielle Ablösung **der Religionsgemeinschaften** durch die Landesgesetzgebung ist in Vorbereitung und wird von uns bei der Reichsregierung erneut in Erinnerung gebracht werden, damit die dem Staate im Artikel 173 der Reichsverfassung auferlegte Verpflichtung baldigst erlischt und die Religionsgemeinschaften sich nach den im dritten Abschnitt der Reichsverfassung gegebenen Bestimmungen umformen können. Bei der Fülle der Arbeit der Volkskammer blieb die Denkschrift über die Gemeindereform unerledigt, sie müsse dem Landtage neu vorgelegt werden. Die Regierung verzichtet hierauf und **arbeitet eine Gesetzesvorlage über die Gemeindeordnung aus,** die auf breitester Grundlage den Gemeinden das Selbstbestimmungsrecht gewährleisten wird.

Die Regierung erhofft durch den nunmehr in Gang gekommenen Apparat der Reichssteuer-Einziehungsbehörden baldigst **weitere Ueberweisungen von Reichssteuereinnahmen** zur Verfügung zu haben, um durch solche auch die Finanznöte der Gemeinden mildern zu können. Die Einrichtung des Lastenausgleichs für Schul-, Polizei- und Armenausgaben wird die Regierung hoffentlich in den Stand setzen, auch den finanziell am meisten gefährdeten Gemeinden die Erfüllung ihrer Aufgaben zu erleichtern.

Die Notwendigkeit, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben im Staat wie in den Gemeinden herzustellen, wird die Regierung und Sie, meine Damen und Herren, vor die Aufgabe stellen, über Neubau bestehender oder Schaffung neuer Steuerarten zu beraten. **Die Beseitigung der Wohnungsnot ist eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung.**

Bereits von der Kammer eingebrachte Interpellationen und Anfragen werden der Regierung Gelegenheit geben, Ihnen die zur **Milderung der Wohnungsnot** bisher getroffenen Maßnahmen mitzuteilen und weitere Anregungen entgegenzunehmen, wie am besten dem gewaltigen Bedarf an Wohnungen gesteuert werden kann.

Ebenso wird sich auch aus gleichem Anlaß Gelegenheit ergeben, über die Behandlung der Beschwerde-, Strafminderungs- und Erlaßgesuche zu berichten, die bei den Gerichten und dem Justizministerium so zahlreich eingehen. In der weitestgehenden Weise sind sie auch jetzt schon berücksichtigt worden, wenn Not und Verzweiflung Anlaß zu Gesetzesübertretungen waren. Bei aller Würdigung dieses Umstandes aber darf nicht außer Betracht gelassen werden, daß Recht und Gesetz die unverrückbaren Grundlagen eines jeden Gemeinwesens sind und bleiben müssen. Ob in Anbetracht der vielen bereits erfolgten Strafbegnadigungen noch die Vorlage eines **Amnestiegesetzes für politische Vergehen notwendig ist,** werden die bereits eingeleiteten Erhebungen ergeben.

Ich habe am 9. Dezember die auf mich gefallene Wahl zum Ministerpräsidenten angenommen. Meine Mitarbeiter haben sich bereit erklärt, mit mir gemeinsam als die Beauftragten des Landtages und des Volkes die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Das Bewußtsein der Verantwortlichkeit wird unser Tun und Wollen beeinflussen, das wir nur im Interesse des gesamten Volkes zu betätigen haben. Eine Stütze werden wir dabei finden in dem immer wieder aufrichtenden Gedanken der sozialdemokratischen Welt- und Lebensauffassung, die geklärt ist durch das Studium des weltgeschichtlichen Werdens, durch die aufmerksame Beobachtung der Gegenwart und durch die warme Liebe zu dieser Weltanschauung, die trotz Leid und Elend immer neue Kraft schöpft aus dem Vertrauen, daß eine gute Sache erstrebt, aus der Menschenliebe und Gerechtigkeit, die dem sozialdemokratischen Programm innewohnen und die uns verpflichten, den Blick vorwärts zu richten zu gemeinsamer Arbeit im Interesse unsers Landes und Volkes. (Beifall b. d. Soz. und Unabh.)

Die **Aussprache** über die Regierungserklärung beginnt Donnerstag 1 Uhr.

Ueberschichten der Bergarbeiter für Bedürftige

Eigene Drahtmeldung

Halle, 14. Dezember. Sämtliche Kohlenbergwerke des Meuselwitz-Rositzer Kohlengebietes haben beschlossen, an sechs Sonntagen je zwei Stunden länger zu arbeiten. **Die Arbeiter arbeiten unentgeltlich und die Werke verzichten auf jeden Gewinn.** Auf diese Weise werden den Bedürftigen von Leipzig und Altenburg jeden Sonntag 70 000 Zentner Briketts unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Verfehlungen bei der Reichsgetreidestelle

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 14. Dezember. Im Wohlfahrtsbetrieb der Reichsgetreidestelle sind schwere Verfehlungen aufgedeckt worden. Durch Buchung fingierter Einlagen, falsche Bilanzen und unberechtigte Entnahme von Geldern ist die Wohlfahrtskasse um 53 000 M. geschädigt. Dazu kommen noch 120 000 M. Schulden bei Lieferanten, die nach den Büchern als bezahlt gebucht sind. Der ermittelte Fehlbetrag ist auf Verfehlungen zurückzuführen, für die vier Angestellte verantwortlich sind. Als besonders erschwerend wird die Tatsache angesehen, daß die festgestellten Uebergriffe sich auch auf ersparte Wohlfahrtsgelder erstrecken, die zur Unterstützung notleidender Angestellter Verwendung finden sollten. Die vier Hauptschuldigen sind von der Reichsgetreidestelle fristlos entlassen worden. Von einer Anzeige ist bisher abgesehen worden. Wie verlautet, hat sich die Direktion der Reichsgetreidegesellschaft bereit erklärt, das Defizit zu decken, trotzdem die Gesellschaft mit der Wohlfahrtskasse nicht das geringste zu tun hat.

Zweckloser Notenlärm

Auf den Protest der Entente gegen deutsche Ministerreden, die in den letzten Wochen im besetzten Gebiet gehalten wurden, hat die deutsche Regierung jüngst in einer Note erwidert, sie müsse sich das Recht vorbehalten, zu der Bevölkerung der betreffenden Gebiete zu sprechen, wann sie es für notwendig hielt. Wie diese Antwort im gegnerischen Ausland wirken muß, zeigt der Temps, dem die deutsche Antwort ein gefundenes Fressen ist, um gegen mildere Bedingungen also zu hetzen:

„Die Note ... wird nicht zu einer friedlichen Besprechung der Entschädigungsfrage beitragen. In der Stunde, da wir uns bemühen, Oel in die Wogen zu schütten, bedauern wir, daß die deutsche Regierung das Feuer von neuem entfacht. Wenn daraus Schaden entsteht, wird das deutsche Volk den Schaden zu tragen haben."

Weiter sagt das Blatt, die deutsche Regierung zeige eine unerträgliche und beleidigende Anmaßung, wenn sie für sich allein das Recht in Anspruch nehme, die Besuche zu bestimmen, die sie im besetzten Gebiet mache, und die Reden, die sie dabei halten wolle. Gerade die deutsche Regierung habe dazu kein Recht, denn sie habe sicherlich noch nicht die Vorgänge vergessen, die sich im Sommer 1871 zutrugen, als Bismarck in aller Eile von Karlsbad nach Berlin zurückkehrte und dem französischen Geschäftsträger die Haltung der französischen Presse vorwarf. „Was würde Bismarck gesagt haben, wenn Thiers etwa in Nancy solche Reden gehalten hätte, wie diejenigen von Aachen, Köln oder Düsseldorf?"

Wir sind durchaus der Meinung, daß sich die deutsche Regierung grundsätzlich ihre Redefreiheit auch in den besetzten Gebieten vorbehalten muß, meinen aber, daß es dabei nicht gleichgültig ist, was geredet wird. Der Entente ewig vorzujammern, was für uns die Entziehung von 800 000 Milchkühen bedeuten müsse, hat wenig Sinn — so lange die Milch in Deutschland derart mangelhaft erfaßt wird wie gegenwärtig, da ein großer Teil davon an die Schweine verfüttert wird. Es hat wenig Zweck, dem Ausland zu demonstrieren, daß Deutschlands Kinder unterernährt aufwachsen — und gleichzeitig eine so grundfalsche Ernährungspolitik zu betreiben, wie sie die volksparteiliche Regierung mit der übereilten Aufhebung der Zwangswirtschaft eingeleitet hat. Das muß uns im gegnerischen Ausland ebenso um jeden Kredit bringen, wie die unglückliche deutsche Note in der Entwaffnungsfrage.

Wenn die Entente kategorisch verlangt, daß nicht nur ein Teil Deutschlands, sondern auch Bayern, daß nicht nur die Arbeiter der Industriegebiete, sondern auch die Agrarier Pommerns und Ostelbiens entwaffnet werden, so spricht sie Millionen deutscher Volksgenossen aus dem Herzen! Es ist gewiß nichts Erhebendes, daß wir über Maßnahmen, die im Innern getroffen werden, und die gewiß — darin hatte die deutsche Note recht — keinerlei militärische Vorbereitung nach außen bedeuten, fremden Regierungen Rechenschaft ablegen müssen. Wir möchten die Einwohnerwehren gern als eine rein innere Angelegenheit behandelt wissen. Aber die Entente trifft durchaus das Wahre und Wesentliche, wenn sie sagt, daß auch in Bayern und Ostelbien möglich sein muß, was für andre Reichsteile möglich war.

Wir sind energisch dagegen, daß irgendein Herr Escherich oder von Jedlitz unsre auswärtigen Beziehungen dirigieren hilft, und die volksparteiliche Regierung hätte sich den für Deutschlands Interessen nur schädlichen Notenlärm der letzten Tage ersparen können, wenn sie mehr Sinn für politische Logik, Wahrheit und Klarheit aufzubringen vermöchte.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201214/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG